

Niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten setzen Zeichen - Forderungskatalog an Karl Lauterbach

Aktion: #PraxenKollaps - Praxis weg, Gesundheit weg!

Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben am Freitag in Berlin ein eindrucksvolles Zeichen in Richtung Gesundheitsminister Karl Lauterbach gesetzt: Mit einem einstimmigen und unmissverständlichen Votum hat die Ärzte- und Psychotherapeutenschaft sieben klare Forderungen an die Politik verabschiedet. Im Rahmen ihrer Krisensitzung in Berlin machten Hunderte Niedergelassene, darunter die Delegierten der Vertreterversammlungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) und der 17 Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) klar: So kann es nicht weitergehen!

Dr. Eckart Lummert, Vorsitzender der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN), führte die große und lautstarke Delegation aus Niedersachsen in der Hauptstadt an. Sein Fazit fällt deutlich aus: „Wir haben heute in Berlin einen bewegenden Tag für das ambulante Gesundheitssystem erlebt. Wir haben unsere Erwartungshaltung an die Politik klar und deutlich formuliert. Jetzt ist Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am Zug. Er muss endlich aufwachen und die ambulante Versorgung stärken. Die Politik muss jetzt sofort handeln und einen Kurswechsel vollziehen – ansonsten droht der vollständige Praxen-Kollaps!“

„Der verabschiedete Forderungskatalog zeigt die Probleme und Schwächen des derzeitigen Systems deutlich auf“, so Mark Barjenbruch, Vorstandsvorsitzender der KVN. „Wir brauchen eine Wende bei der Digitalisierung der Praxen, ein Paket zum Bürokratieabbau und einen angemessenen Finanzierungsrahmen für die Praxen. Diese Themen belasten die Praxen im gesamten Land enorm.“

Lummert hat in seinem Statement in Berlin eindrucksvoll einen Bürokratieabbau gefordert. „Bürokratie beschäftigt die Praxen im Durchschnitt 61 Tage im Jahr. Ein Quartal im Jahr ist eine Praxis also ausschließlich mit Bürokratie beschäftigt. Die Zeit fehlt dann am Ende für die Patientinnen und Patienten.“

Eine der größten Baustellen bleibt die Digitalisierung. KVN-Vorständin Nicole Löhr zur Krisensitzung: „Die Niedergelassenen stehen der Digitalisierung offen gegenüber. Allerdings müssen die Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten bei der Entwicklung vernünftig beteiligt werden. Das Wichtigste: Digitale Produkte benötigen einen ausreichenden Reifegrad, bevor sie eingeführt werden. Und sie müssen eine Erleichterung zum analogen Prozess darstellen. Die

Akzeptanz von digitalen Anwendungen lässt sich ganz bestimmt nicht mit Sanktionsandrohungen erhöhen, vielmehr muss die Politik die Vergütungsstruktur entsprechend anpassen, damit Digitalisierung auch bezahlbar ist.“

„Es ist schon fünf nach zwölf – die Praxen in Deutschland arbeiten längst über dem Limit. Deshalb fordern wir die Politik auf: Verhindern Sie das Aus der ambulanten Versorgung. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen sind immer weniger Menschen bereit, in einer Praxis zu arbeiten. „Wenn sich nicht bald etwas ändert, geht in den Praxen das Licht aus“, machte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KVN, Thorsten Schmidt, deutlich.

Das sind die gemeinsamen Forderungen der Praxen an die Politik:

- **Tragfähige Finanzierung:** Retten Sie die Praxen aus den faktischen Minusrunden und sorgen Sie für eine tragfähige Finanzierung, die auch in der ambulanten Gesundheitsversorgung insbesondere Inflation und Kostensteigerungen unmittelbar berücksichtigt!
- **Abschaffung der Budgets:** Beenden Sie die Budgetierung, damit auch Praxen endlich für alle Leistungen bezahlt werden, die sie tagtäglich erbringen!
- **Ambulantisierung:** Setzen Sie die angekündigte Ambulantisierung jetzt um – mit gleichen Spielregeln für Krankenhäuser und Praxen!
- **Sinnvolle Digitalisierung:** Lösen Sie mit der Digitalisierung bestehende Versorgungsprobleme. Sorgen Sie für nutzerfreundliche und funktionstüchtige Technik sowie die entsprechende Finanzierung, und belassen Sie die datengestützte Patientensteuerung in ärztlichen und psychotherapeutischen Händen!
- **Mehr Weiterbildung in Praxen:** Stärken Sie die ärztliche und psychotherapeutische Weiterbildung! Diese muss – um medizinisch und technisch auf dem aktuellen Stand zu sein – schwerpunktmäßig ambulant stattfinden. Beziehen Sie auch hier die niedergelassene Vertragsärzte- und Psychotherapeutenschaft ein!
- **Weniger Bürokratie:** Schnüren Sie das angekündigte Bürokratieabbaupaket, damit wieder die Medizin im Vordergrund steht und nicht der „Papierkram“!
- **Keine Regresse:** Schaffen Sie die medizinisch unsinnigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen ab! Die Arzneimittelregresse müssen weg!

Alle Forderungen sowie ein umfangreiches Begleitpapier finden Sie auch unter: <https://www.kbv.de/html/praxenkollaps.php>

Hinweis:

Unter dem Motto **#PraxenKollaps - Praxis weg, Gesundheit weg!** werden die KVen und die KBV der Politik sowie den

Bürgerinnen und Bürger weiter deutlich machen, dass die flächendeckende ambulante Versorgung in Gefahr ist.